

Zeit Zeichen

NUMMER 2 | JUNI 2020 | Magazin der Kath. ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich | 65. Jahrgang | 5 Euro | Jahresabo 17€

NOTFALL PFLEGE

unterm Brennglas von Corona

Mit
Regionalteil:
Steiermark
und Wien

FOTO: NICOLEHE_PIXELIO.DE



4



6



8

Pflegeethik

Für Wohl und Selbstbestimmung sorgen **Seite 4**

Mittendrin

Wie Beschäftigte in Pflege und Betreuung die Corona-Krise erleben **Seite 6**

Wenn Pflege zum Kommerz wird

Kostenfaktor Mensch in einer marktorientierten Pflege und Betreuung **Seite 8**

EDITORIAL

ZUR PERSON

Elisabeth Ohnemus ist Germanistin, Theologin und diplomierte Sozialarbeiterin. Sie ist derzeit tätig als Pressereferentin der Katholischen Frauenbewegung Österreichs, als freie Journalistin und in der Erwachsenenbildung mit Schwerpunkt „politische Bildung“. **FOTO: P. SCHREIBER**



Als die Redaktion dieses Schwerpunktheft zum Thema „Pflege und Betreuung“ geplant hatte, war „Corona“ noch kein Thema. Sehr wohl lag am Tisch, dass es eine systematische Unterbewertung der Arbeit in Pflege und Betreuung gibt, ebenso wie in anderen Frauenbranchen wie etwa Handel oder Reinigung. In der öffentlichen Debatte während Corona schälte sich ein Begriff zur Beschreibung dieser Branchen heraus: „System erhaltend“. Es wurde unübersehbar, dass dort Wesentliches für das Wohl aller geleistet wird, dass es Investitionen braucht – personell, finanziell –, soll in Krisenzeiten und auch außerhalb von Krisen das Notwendigste für die Versorgung aller gesichert sein.

Diese Ausgabe von ZeitZeichen kreist um das Thema „Pflege und Betreuung“ – die Mitarbeiterin von mensch&arbeit in Oberösterreich, Christine Lehrner, hat Statements von Beschäftigten in Pflege und Betreuung während der Corona-Krise gesammelt (S. 6 – 7), die Vorsitzende der KAB Steiermark, Michaela Penz, legt die ihren dazu (S. 17).

Isabel Koberwein von der Grundlagenabteilung der GPA-djp nimmt die „Ökonomisierung“ im Pflegebereich unter die Lupe, ihre Kollegin Eva Scherz, GPA-Chefverhandlerin des Kollektivvertrags der Sozialwirtschaft, bezieht im Interview Stellung zum Verhandlungsergebnis, das im April – mitten in der Krise – zustande kam. Maria Katharina Moser, Direktorin der Diakonie, diskutiert eine „Pflegeethik“ angesichts von Corona (S. 4 – 5), der Arbeitsrechtler Martin Risak kommentiert u.a. die Debatte um die 24-h-Kräfte (S. 12). Betriebsseelsorgerin Katharina Huss richtet den Blick auf das grundlegende Thema der „Frauen“, die „durch die Krise tragen“ (S. 13), ebenso wie die Ökonomin Katharina Mader in ihrem Beitrag über „Ungleichheiten unterm Brennglas“ (S. 14 – 16). Ihr Appell nach einer gerechten Verteilung der Kosten der Krise, u.a. über Vermögens- und Erbschaftssteuern, deckt sich mit den Forderungen von Gewerkschafterin Scherz ebenso wie mit jenen der KABÖ (s. jüngste Presseaussendungen der KABÖ S. 11 und S. 17). Grundsätzlich der Beitrag der Theologin Michaela Quast-Neulinger (S. 18 – 19) über den Perfektions-Zwang der Gesellschaft, die das „Unästhetische in Altersheimen und Spitälern versteckt“...



„Hier arbeitet ein Mensch“

Mehr als 250 Arbeitnehmer*innen beteiligten sich bisher an der Aktion „Menschenwürdige Arbeit ist für mich ...“ der Betriebsseelsorge Linz-Land/Treffpunkt mensch & arbeit Nettingsdorf, machen so ihre Meinung in ihren Betrieben öffentlich und ermutigen zur Diskussion und zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsqualität. Und die Aktion geht weiter. Wie schaut dein Arbeitsplatz aus? Was erlebst du? Was freut dich in deiner Arbeit? Und was ist menschenwürdige Arbeit für dich ...?

Transparente und Bilder sind im Treffpunkt mensch & arbeit Nettingsdorf auch auszuleihen, sei es für öffentliche oder pfarrliche Aktionen, für Ausstellungen im öffentlichen Raum, ...

Kontakt: mensch-arbeit.nettingsdorf@dioezese-linz.at

FOTO: MENSCH&ARBEIT

KOMMENTAR

ZUR PERSON

Anna Wall-Strasser, Theologin, Betriebsseelsorgerin, langjährig tätig im Bereich menschen- und arbeitsarbeit der Diözese Linz, ist Vorsitzende der Katholischen ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich. **FOTO:** JAKOB LEHNER



Hoffen auf die Ver-rückten

Wahrlich, wir leben in einer ver-rückten Zeit. Zumindest wird vieles, was bislang normal zu sein schien, jetzt deutlich und anders sichtbar und von vielen mit anderen Augen wahrgenommen. Das Corona-Virus hat uns als erstes einmal unsere Verletzlichkeit gezeigt. Aller Medizin, aller Technik zum Trotz tauchte etwas für alle Bedrohliches auf. Diese Bedrohung – und im Gefolge die Angst davor – wurde sehr viel und sehr deutlich kommuniziert, offensichtlich auch instrumentalisiert. Mit Angst lässt sich leicht(er) regieren, das ist eine alte, wirksame Strategie. Über die Verletzlichkeit als menschliche Grunderfahrung wurde kaum nachgedacht, und auch nicht darüber, wie wir mit unserer Sterblichkeit umgehen. „Abstand“ war das Zauberwort, das galt/gilt für alle, mit denen man nicht die Wohnung teilt. Jeder Mensch ist als potentielle Bedrohung zu sehen, jede Zusammenkunft ein möglicher Infektionsanlass, jede Veranstaltung eine Virenschleuder. Damit war für viele Wochen das soziale Leben, alle formellen und informellen Gruppentreffen, das Vereinsgeschehen, die kirchlichen Gemeinschaften, kurz: das physische Erleben und Wirken der Zivilgesellschaft außer Kraft gesetzt. Ja, die Infektionskette musste unterbrochen werden. Aber dann?

Der Mensch ist ein Rudelwesen, sagen die Hirnforscher, und Kontaktlosigkeit bzw. Isolation auf längere Zeit macht großen Stress. Das haben viele Menschen auch so erlebt, v.a. Alte, Kinder und weniger Betuchte, die nicht so gut vernetzt bzw. mit digitalen Medien ausgestattet sind. Besonders traf es auch Menschen in prekären Lebens- und Wohnverhältnissen, die auf den öffentlichen Raum als gemeinsamen Kontakt- und Erlebnisraum angewiesen sind. Mit den psychischen Folgen werden wir wahrscheinlich noch länger zu tun haben. Die Fragen nach demokratischer Beteiligung und Kontrolle stellen sich auch mehr denn je.

*Ver-rückt haben sich auch die Realitäten in der Arbeitswelt. Zuerst wurde vielen klar, wer in einer Krise das ganz konkrete Leben aufrecht erhält und dem Leben in seinen wichtigsten Feldern dient. Dass das überdurchschnittlich viele Frauen und Migrant*innen sind, gab plötzlich Anlass für Applaus – der kostet ja nix. Vor allem Frauen haben auch die überfallsartige Privatisierung von Schule und Kinderbetreuung aufgefangen, oftmals bis zur eigenen persönlichen Erschöpfung. Mittlerweile sind mehr Menschen denn je ohne Erwerbsarbeit, viele leben in der Angst vor Kündigung, und viele Kleinunternehmer*innen sowie Kunstschaffende haben ihre Einkommensmöglichkeit verloren.*

Ver-rückt hat sich jedoch auch für mehr Menschen das Bewusstsein und die Klarheit, warum es jetzt gesellschaftlich geht: um die Neubewertung und Neuverteilung von Arbeit, um einen wirksamen Sozialstaat zum Sichern der Existenz aller, um Konzepte des Gemeinwohls und der öffentlichen Güter, um das Unterbrechen der neoliberalen Profitlogik zugunsten des Erhalts von Leben.

Im Wissen um die vielen Engagierten in der KAB, den Kirchen, den Gewerkschaften, den NGOs hier und weltweit gebe ich die Hoffnung nicht auf, dass diese Ver-rückten in der Mehrheit sein werden. Sie wissen: Es gibt keine Ausreden mehr. Das alles ist möglich, wenn politische Kräfte es umsetzen.

Pflegeethik

Für Wohl und Selbstbestimmung sorgen

MARIA KATHARINA MOSER, Direktorin der Diakonie Österreich, über den Begriff einer „Pflegeethik“, über Entwicklungen hin zu einer ganzheitlichen Pflege und über Hindernisse, die Corona dabei in den Weg legt. Die gegenwärtige Herausforderung: die Balance zu finden zwischen Lebensschutz und Autonomie.



Maria Katharina Moser, Direktorin der Diakonie Österreichs, auf Besuch im Pflegeheim. Moser ist Theologin und hat das Institut für öffentliche Theologie und Ethik der Diakonie aufgebaut. Moser: „Es geht nicht nur darum, wie alt wir werden, sondern wie wir alt werden.“

FOTO: NADJA MEISTER

Frau E. ist 92 Jahre alt und lebt im Pflegeheim. Ihre Erzählungen sind bisweilen ein wenig sprunghaft, aber sie ist nach wie vor eine aufmerksame Beobachterin – liest, hört Radio, interessiert sich für das, was in der Welt passiert. Sie denkt viel über ihr Alter und übers Sterben nach. Neulich, erzählt sie, hat sie etwas Interessantes mitbekommen, in einer Radiosendung gehört, sie weiß nicht mehr genau, in welcher. Aber was sie erfahren hat, das weiß sie ganz genau – eine interessante Entwicklung: Dass alte Menschen, wenn es ans Sterben geht, sagen dürfen, was sie wollen. Was sie essen wollen, und ob sie etwas essen wollen, und wieviel sie trinken wollen. Sie selbst quäle sich auch, erzählt sie, mit dem Abnehmen. Im Heim habe man gesagt, sie muss.

Sie sei zu schwer. Aber das Abnehmen gelingt ihr kaum. Und sie würde so gerne mal ein hart gekochtes Ei essen. Sie hat danach gefragt, aber das gibt es im Heim nicht. Überhaupt, sie werde von den Pflegekräften ständig aufgefordert, alles selber zu machen. Mobilisierung zur Selbständigkeit würden sie das nennen. Im Befehlston! Das behage ihr nicht. Wenn das stimme, was sie gehört hat – dass alte Menschen, die nicht mehr lange zu leben haben, sagen dürfen, was sie wollen – das wäre was!

Zwischen Selbstbestimmungs- und Nicht-Schadensprinzip

Situationen wie diese sind Pflegekräften vertraut. Sie arbeiten mit fachlichen Konzepten, die dem Wohl der

zu Pflegenden dienen: Bewegung und Mobilisierung, Training zum Erhalt von Alltagskompetenzen und Selbständigkeit, medizinische und hygienische Standards, gute Ernährung unter Berücksichtigung altersassoziierter Ernährungsbesonderheiten, uvm. Allein, die Menschen, die gepflegt werden, wollen sich manchmal nicht bewegen oder um eine bestimmte Uhrzeit gewaschen werden, wollen im Bett bleiben oder etwas essen, das ihnen nicht bekommt. Pflegekräfte bringt das in einen Konflikt. Sie müssen beides in Betracht ziehen: den Wunsch und den Willen ihrer Klient*innen und das, was aus fachlicher Sicht angezeigt ist. Ethisch formuliert: Sie müssen abwägen zwischen subjektivem Wohl und objektivem Wohl. Sie müssen das Selbstbestimmungsprinzip, das sie dazu verpflichtet, die Autonomie ihrer Klient*innen zu achten und zu fördern, und das Nicht-Schadensprinzip, das sie verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die körperliche Integrität ihrer Klient*innen nicht beeinträchtigt wird, ausbalancieren. Mit derartigen Konflikten umzugehen, ist – zugespitzt formuliert – das, was Pflegeethik im Alltag bedeutet. Pflegeethik heißt, über die konkrete Pflegepraxis, Konflikte und Dilemmata nachzudenken und zu fragen: Wie soll ich als Pflegekraft handeln? Wozu bin ich meinen Klient*innen gegenüber verpflichtet?

Was heißt gute Pflege?

Dieses Nachdenken ist immer eingebettet in einen größeren Rahmen: In die Strukturen der Einrichtung, in der eine Pflegekraft arbeitet und in Rahmenbedingungen, die Behörden und Politik vorgeben. Auch Pflegeeinrich-

tungsbetreiber müssen fragen: Wie sollen wir als Pflegeeinrichtung Pflege gestalten? Wozu sind wir unseren Klient*innen gegenüber verpflichtet? Und Pflegeethik umfasst sozialetische Fragestellungen: Was heißt gute Pflege überhaupt? Welche gesellschaftlichen Rahmenbedingungen braucht sie?

Nicht mehr nur medizinischer Zugang

In der Frage „Was heißt gute Pflege“ hat sich in den letzten 30 Jahren ein Perspektivenwechsel vollzogen. Die Medizin ist nicht mehr die alleinige Leitwissenschaft für die Pflege. Der Blick ist weiter geworden. Gesundheit wird ganzheitlicher verstanden, die seelische und mit ihr die spirituelle Dimension, das Wohlbefinden und Beziehungen sind in den Blick gekommen. „Die hochprofessionelle medizinische Pflege muss als wichtige Dienstleistung sichergestellt werden. Die Organisation des Lebens von stark eingeschränkten Personen hat sich aber am Maßstab eines ‚normalen‘ Alltags aus Sicht der Pflegebedürftigen zu orientieren – und nicht an den Abläufen möglichst reibungsfreier Pflege.“ (Diakonie Österreich, Pflege neu denken. 10 Punkte auf dem Weg zu einer Gesellschaft des langen Lebens) Im stationären Bereich ist die Entwicklung relativ weit gediehen – Pflegeeinrichtungen werden immer weniger krankenhausähnlich geführt, neue Wohnformen wie Hausgemeinschaften sind entstanden. Die mobile Pflege beginnt nachzuziehen – um Menschen mit Pflegebedarf, die zu Hause leben, werden sorgende Gemeinschaften gebaut (Stichwort *community care* und *community nurses*). Das bedeutet auch, Pflegebedürftigkeit neu zu definieren: „Sie darf sich nicht nur an körperlichen Einschränkungen und Defiziten orientieren, sondern soll Selbständigkeit als Maß der Pflegebedürftigkeit in den Blick nehmen; ebenso wie psycho-soziale, kognitive und kommunikative Dimensionen und Aspekte der sozialen Teilhabe und Gestaltung des Alltagslebens. Und

der Ermöglichung eines würdigen Abschieds.“ (Diakonie, Pflege neu denken). In dieser Entwicklung spiegelt sich eine ethische Perspektivenweiterung: Autono-

verwirrter, Aggressionen und herausforderndes Verhalten nehmen zu, was wiederum medikamentöse Interventionen nach sich ziehen kann – denn dem

„PFLEGEETHIK HEISST, ÜBER DIE KONKRETE PFLEGEPRAXIS, KONFLIKTE UND DILEMMATA NACHZUDENKEN UND ZU FRAGEN: WIE SOLL ICH ALS PFLEGEKRAFT HANDELN? WOZU BIN ICH MEINEN KLIENT*INNEN GEGENÜBER VERPFLICHTET?“

mie wird zu einem zentralen ethischen Prinzip. Die physische Gesundheit und das Leben sind immer noch wichtige Güter, aber sie werden offen für Abwägung. Ein auf Geriatriekongressen gern zitierter Satz fasst das so zusammen: Es geht nicht nur darum, wie alt wir werden, sondern wie wir alt werden.

Corona als Bremsklotz auf dem Weg zu einer ganzheitlichen Pflege

Eben diese Entwicklungen stehen durch die Corona-Krise auf dem Spiel. Zum Schutz der Menschen in Pflegeeinrichtungen gibt es strenge Besuchsverbote und Isolationsmaßnahmen. Selbstbestimmung, Teilhabe und Inklusion – Werte, die die Diakonie hochhält – bleiben auf der Strecke. Der Fokus liegt auf virologischen und infektiologischen Betrachtungsweisen, Fragen der ganzheitlichen Gesundheit und des Lebensvollzugs blieben ausgeklammert. Pflegeethik in dieser Situation bedeutet, dass sich die Gesellschaft und politisch Verantwortliche, Pflegeeinrichtungen und Pflegekräfte fragen müssen: Wie gehen wir mit den ethischen Dilemmata um? In wieweit können wir die Übel, die Isolation und Kontakteinschränkungen mit sich bringen, in Kauf nehmen um des Eindämmens von Infektionen willen? Die negativen Folgen sind beträchtlich: Angehörige nicht sehen zu können, schmerzt, die Einsamkeit verletzt die Seele. Menschen mit Demenz können oft nicht verstehen, was vor sich geht, werden

mit verstärkter persönlicher Zuwendung zu begegnen, ist ja angesichts der Kontakteinschränkungen nur sehr begrenzt möglich. Physiotherapie und Ergotherapie entfallen. Der psychische und körperliche Gesundheitszustand von Bewohner*innen verschlechtert sich.

Es gilt abzuwägen zwischen dem Gut Gesundheit und dem Gut der Bewegungsfreiheit, des Privatlebens und der Familie. Es gilt, eine Balance zu finden zwischen Lebensschutz und Autonomie.

LITERATUR:

Pflege und Betreuung neu denken – 10 Punkte. Auf dem Weg zu einer Gesellschaft des langen Lebens
https://diakonie.at/sites/default/files/diakonie_oesterreich/pdfs/10punkte_heftscreen.pdf

Argumentarium des Instituts für öffentliche Theologie und Ethik der Diakonie: Ethische Konflikte in Zeiten von Corona
https://diakonie.at/sites/default/files/diakonie_oesterreich/ethik/argumentarium_corona-200525.pdf

Mittendrin

Wie Beschäftigte in Pflege und Betreuung die Corona-Krise erleben

Der geänderte Pflegealltag in Zeiten des Corona-Virus verlangt von den Pflege- und Betreuungskräften enorme Flexibilität und Engagement. **CHRISTINE LEHRNER**, diplomierte Gesundheits- und Krankenpflegerin und Mitarbeiterin im Treffpunkt Pflegepersonal/mensch&arbeit der Diözese Linz, hat Berufskolleg*innen in verschiedenen Einrichtungen um Berichte über ihre persönlichen Erfahrungen gebeten.

DURCH DAS BESUCHSVERBOT IST MIR ERST BEWUSST GEWORDEN, WIE WICHTIG UNSEREN BEWOHNER*INNEN DER KONTAKT ZU IHREN ANGEHÖRIGEN IST. WEITERS HABE ICH DEN EINDRUCK, DASS DIE ANGEHÖRIGEN IN DIESER ZEIT UNS PFLEGEPERSONEN MEHR WERTSCHÄTZEN UND IHNEN KLARER WIRD, WAS FÜR EINE LEISTUNG JEDLICHE PFLEGEPERSON TÄGLICH BRINGT. AUCH EIN GESTEIGERTER ZUSAMMENHALT WAR SPÜRBAR. ICH HABE ES ALS HERAUSFORDERND EMPFUNDEN, DEN ÜBERBLICK BEI DEN VIELEN NEUEN VORSCHRIFTEN ZU BEHALTEN.

MARIO P., DGKP IN EINEM PFLEGEWOHNHAUS

AM ANFANG DER KRISE HAT DIE NEUE SITUATION BEIM PERSONAL UND VOR ALLEM BEI DEN PATIENT*INNEN SEHR VIEL UNSICHERHEIT AUSGELÖST. VIELE NEUE REGELUNGEN ERFORDERTEN EIN SCHNELLES UMSTELLEN MANCHER ARBEITSABLÄUFE. JETZT IST ES VOR ALLEM DAS BESUCHSVERBOT, DAS UNSERE VIELEN ÄLTEREN SCHWERKRANKEN ODER AUCH DEMENTEN PATIENT*INNEN BELASTET. NICHT IMMER IST ES MÖGLICH, TELEFONISCH KONTAKT ZU DEN ANGEHÖRIGEN HERZUSTELLEN, HIER SIND WIR AUCH VERMEHRT ERSATZ FÜR DIE BEZUGSPERSONEN, BESONDERS FÜR JENE, DIE SEHR LANGE BEI UNS SIND.

DIE KOMMUNIKATION MIT DEN BETAGTEN OFT SCHWERHÖRIGEN PATIENT*INNEN IST DURCH DIE MASKE ERSCHWERT. JETZT WIRD SICH AUCH ZEIGEN, WIE ALLES MIT STEIGENDEN PATIENT*INNENZAHLEN FUNKTIONIERT. WIR BLEIBEN WACHSAM, SOLANGE ES DIE KRISE ERFORDERT. DGKP IN IM AKUTBEREICH IN EINEM KRANKENHAUS

WENN DER VIRUS UNSEREN ALLTAG VERÄNDERT, SIND WIR VON DER PFLEGE VERPFLICHTET, UNSERE BEWOHNER*INNEN ZU SCHÜTZEN. BEWUSST WURDE MIR, WIE WICHTIG BEZIEHUNGEN UND FREUNDSCHAFTEN IM LEBEN SIND. VOR ALLEM FÜR ÄLTERE MENSCHEN, WENN SIE SCHON SIEBEN WOCHEN KEINEN BESUCH MEHR VON ANGEHÖRIGEN BEKOMMEN KONNTEN, IST DIE VEREINSAMUNG SEHR GROSS, DA WIR VON DER PFLEGE DIES NICHT ERSETZEN KÖNNEN.

ELISABETH W., FSB/A IN EINEM ALTENHEIM

DIE STATION, AUF DER ICH NORMALERWEISE TÄTIG BIN, WURDE GESCHLOSSEN.

SOMIT WURDE ICH VON DER PFLEGEDIREKTION ALS AUSHILFE ERNANNT. ES KANN ALSO SEIN, DASS ICH JEDEN TAG AUF EINER ANDEREN ABTEILUNG BIN. JEDER KENNT DIE SITUATION, AN EINER NEUEN ARBEITSSTELLE ZU BEGINNEN. MAN IST ANGESpannt, AUFGEREGT, JA MANCHMAL SOGAR EIN WENIG ÄNGSTLICH. IN DIESER GEFÜHLSWELT BIN ICH SEIT MITTE MÄRZ, WIE IN EINER DAUERSCHLEIFE. MAL HATTE ICH DAS GLÜCK, LÄNGER AUF EINER STATION EINGESETZT ZU SEIN, WO ICH DIE MÖGLICHKEIT HATTE, MIR EINIGE NEUE TÄTIGKEITEN ANZUEIGNEN UND MICH IM TEAM EINZUGEWÖHNEN. DANN HAT SICH VON HEUTE AUF MORGEN DIE SITUATION GEÄNDERT UND ICH BEGINNE DAS GANZE WIEDER VON VORNE...

DESHALB IST FÜR MICH DIE ARBEIT IM KRANKENHAUS WÄHREND DER CORONA-KRISE ÜBERWIEGEND BELASTEND. MAN VERLIERT OFT DIE SICHERHEIT UND DAS SELBSTBEWUSSTSEIN. MARIA D., STATIONSSSEKRETÄRIN IN EINEM KRANKENHAUS

EINIGES HAT MICH IN DEN CORONA-ZEITEN SEHR HERAUSGEFORDERT: ES HAT LANGE GEDAURT, BIS WIR EINEN MUND-NASENSCHUTZ BEKAMEN BZW. WURDE UNS ANFANGS EINGEREDET, DASS DIESER OHNEHIN NICHTS NÜTZEN WÜRD. BEI DER BETREUUNG ANWESENDE ANGEHÖRIGE, BEI DENEN MAN NICHT WEIS, WIEVIELE KONTAKTE SIE HABEN.

DER MUNDSCHUTZ AN SICH IST EIN GROSSES PROBLEM BEI DER BETREUUNG SCHWERHÖRIGER (LIPPENLESEN) ODER DEMENTEN KLIEN*INNEN (NONVERBALE KOMMUNIKATION/MIMIK).

BARBARA S., FSB/A IN DER MOBILLEN PFLEGE UND BETREUUNG

ALS DIE CORONA-KRISE BEGANN, BEFAND ICH MICH MITTEN IM ERSTEN VON DREI PRAKTIKA. DAS ERSTE KONNTE ICH OHNE PROBLEME ABSOLVIEREN, DIE RESTLICHEN ZWEI WURDEN AUFGRUND DER KRISE ABGESAGT, SOMIT HÄTTE ICH ZEHN WOCHEN REINE PRAKTIKUMSZEIT VERLOREN, WAS ICH NATÜRLICH ZU EINEM SPÄTEREN ZEITPUNKT NACHHOLEN MUSS.

ICH KONNTE DANK DER KRANKENHAUSLEITUNG AN MEINER ERSTEN PRAKTIKUMSSTELLE EIN WEITERES ABSOLVIEREN. FÜR MICH WÄREN ZEHN WOCHEN PRAKTIKUMSAUSFALL NICHT MÖGLICH GEWESEN.

DA ICH IN MEINER RESTLICHEN AUSBILDUNGSZEIT NOCH WEITERE PRAKTIKA ABSOLVIEREN MUSS SOWIE AUCH IN DER AUSBILDUNGSSTÄTTE MIT UNTERRICHT UND PRÜFUNGEN TEILNEHMEN MUSS. SOPHIE L., IN AUSBILDUNG ZUR DIPLOMIERTEN GESUNDHEITS- UND KRANKENPFLEGERIN

Vielen Dank an alle Pflege- und Betreuungskräfte, die in dieser schwierigen und herausfordernden Zeit, wertvolle Arbeit für unsere Gesellschaft leisten!

In der Corona-Krise erfahren die Mitarbeiter*innen im Pflege- und Betreuungsbereich sehr viel Wertschätzung. Was braucht es, dass professionelle Pflege und Betreuung gelingen kann? Ich nehme in der Praxis die Ökonomisierung im Pflege- und Betreuungsbereich wahr, es zählen vor allem Zahlen, Daten und Fakten. Gleichzeitig beobachte ich, dass der Arbeitsaufwand in diesem Bereich durch die demographische Entwicklung, also eine höhere Lebenserwartung der Menschen, steigt und eine damit wachsende Multimorbidität einhergeht. Erkrankungen im Alter (z.B. Demenz) nehmen zu. Die Personalberechnungsmodelle sind nicht mehr zeitgemäß.

Damit professionelle Pflege und Betreuung gelingen kann, sind wir als Treffpunkt Pflegepersonal (TPP) der Meinung, dass Veränderungen der Arbeits- und Rahmenbedingungen dringend benötigt werden. Diese sehen wir in einer Anpassung der Personalberechnung an die oben erwähnten Herausforderungen und an gesellschaftliche Entwicklungen. Grundvoraussetzung für die Ausübung eines Pflege- und Betreuungsberufs ist eine fundierte Ausbildung. Die Arbeit mit Menschen erleben viele Fachkräfte als sinn- und wertvoll, aber die psychische und physische Belastung ist groß, vor allem in Zeiten von Personalknappheit. Daher plädieren wir für eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 h/Woche bei vollem Lohnausgleich.

Die Beziehungspflege, Zeit für Gespräche und fürsorgliche Zuwendung, muss in den Personalberechnungsmodellen berücksichtigt werden, damit der Pflegeberuf als bereichernd erlebt wird. Denn wie man in den Statements sieht, tragen Beziehung und Zuwendung zwischen Pflege- und Betreuungspersonen und den ihnen anvertrauten Menschen wesentlich zum körperlichen und seelischen Wohlbefinden bei.

"Eine gute Pflege lässt sich ... nur verwirklichen, wenn sie als Inbegriff der Zwischenmenschlichkeit gesehen wird, als Beziehungsberuf ..." Giovanni Maio, Werte für die Medizin, 2018

Wir als TPP hoffen, dass es nicht beim Applaus für die Pflegekräfte während der Corona-Krise bleibt, sondern dass an der Umsetzung dieser Veränderungen gearbeitet wird.

CHRISTINE LEHRNER arbeitet als diplomierte Gesundheits- und Krankenpflegerin in einem Krankenhaus im Akutbereich. Sie ist Mitarbeiterin im Treffpunkt Pflegepersonal, einer Einrichtung der Diözese Linz, Teil des diözesanen Bereiches „*ersch&arbeit*“ (Betriebsseelsorge, KAB)



IN DIESER KRISENREICHEN SITUATION WAR ES FÜR MICH ALS LEITUNGSVERTRETUNG ESSENTIELL, MITTELS PRÄSENZ UND INFORMATIONSVERMITTLUNG EINEN MÖGLICHST LEBBAREN ARBEITSALLTAG MITZUGESTALTEN. SOMIT KONNTE GRÖßTMÖGLICHE SICHERHEIT FÜR DAS PERSONAL UND DIE PATIENT*INNEN ERREICHT WERDEN. DER ZUSAMMENHALT IM TEAM WAR IN DIESEN WOCHEN DEUTLICH SPÜRBAR UND HAT MICH SEHR IN MEINEM TUN BESTÄTIGT. MARA E., DGKPIN, STATIONSLEITUNG-STELLVERTRETERIN IM AKUTBEREICH IN EINEM KRANKENHAUS

BEZIEHUNGEN SIND ES, DIE UNSER LEBEN LEBENSWERT MACHEN. DIE ANGST VOR DEM GEGENÜBER, DIE MIT DEM CORONA-VIRUS HAND IN HAND GEHT, IST SOWOHL IM PRIVATBEREICH, ABER VOR ALLEM IM STATIONÄREN SETTING EIN PROBLEM VON GRÖßTER BEDEUTUNG. FEHLENDE BESUCHE DURCH ANGEHÖRIGE STELLEN FÜR DIE UNS ANVERTRAUTEN PATIENT*INNEN WOHL DAS GEWICHTIGSTE EMOTIONALE PROBLEM DAR. NEBEN VIELEN ANDEREN FAKTOREN, IST FÜR MICH ALS PFLEGENDE DAS TRAGEN EINER SCHUTZMASKE, EINES DER UNGEWÖHNTESTEN DINGE. SIE STELLT EINE BARRIERE ZWISCHEN MIR UND MEINEM GEGENÜBER HER, WELCHE DIE KOMMUNIKATION SEHR ERSCHWERT. SO BESINNE ICH MICH IN DEN MEISTEN FÄLLEN AUF INTERAKTION MITTELS BERÜHRUNG, DENN SIE STELLT DEN KÜRZESTEN WEG ZWISCHEN ZWEI MENSCHEN DAR. UND VERMAG BRÜCKEN ZU BAUEN, DIE GERADE ZUR ZEIT UNENDLICH WICHTIG SIND.

DORIS S., DPGKPIN, FACHSCHWESTER FÜR INTENSIVPFLEGE UND VAP-INSTRUCTOR (VIV-ARTE-PFLEGEKONZEPT), AKUT-REHABEREICH FÜR NEUROLOGIE UND NEUROCHIRURGIE IM KH

ICH WAR IM MÄRZ AUF SCHIURLAUB IN EINEM GEBIET, IN DEM ES POSITIVE FÄLLE GAB UND MUSSTE ANSCHLIEßEND WIEDER IN DIE ARBEIT GEHEN, DA ICH SYMPTOMLOS WAR. ICH HATTE KEIN GUTES GEFÜHL, KONTAKT MIT MEINEN KUND*INNEN ZU HABEN. „GOTT SEI DANK“ HATTE ICH EINEN MUND-NASEN-SCHUTZ ZU HAUSE UND KONNTE MIT RUHIGEM GEWISSEN MEINE TÄTIGKEITEN AUSFÜHREN. MIT BESONDEREN BLICKEN WURDE ICH VON UNSEREN LIEBEN KUND*INNEN BEGRÜßT, DA JA ZU DIESER ZEIT NOCH KEINE MASKENPFLICHT BESTAND. WAS MICH DERZEIT BESCHÄFTIGT UND AUCH BELASTET, SIND UNSERE MINUSSTUNDEN AUFGRUND DER CORONA-KRISE. ICH FREUE MICH SCHON WIEDER AUF EIN NORMALES ARBEITSLEBEN. FRANZISKA E., FSB/A IN DER MOBILEN PFLEGE UND BETREUUNG

Wenn Pflege zum Kommerz wird

Kostenfaktor Mensch in einer marktorientierten Pflege und Betreuung

ISABEL KOBERWEIN, Mitarbeiterin in der Grundlagen der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA-djp), über die Ökonomisierung des Pflegebereichs und damit verbundene Herausforderungen.

Wird über das Gesundheitssystem, und insbesondere über den Pflegebereich, diskutiert, werden vorrangig ökonomische Gesichtspunkte behandelt. Der Finanzierungsbedarf und damit auch der Kostendruck sind enorm und werden durch die größer werdenden Herausforderungen weiter zunehmen. Bis zum Jahr 2050 wird der Anteil der über 80-jährigen Menschen auf 11,5% ansteigen und damit mehr als doppelt so hoch sein wie im Jahr 2015. Alleine in den nächsten 10 Jahren werden zusätzlich 76.000 Arbeitnehmer*innen in der Pflege benötigt. Die öffentlichen Ausgaben für Pflegedienstleistungen wachsen jährlich um 4,4 Prozent. Dies entspricht einer Erhöhung von 300% bis 2050 im Vergleich zum bestehenden Ausmaß. Ein boomender Geschäftsbereich für private Anbieter. Aber was passiert, wenn wir die Pflege unserer älteren Mitbürger*innen einem gewinnorientierten Unternehmen überlassen?

Die kommerzialisierte Pflege

Dass eine wirtschaftliche Verwendung der zur Verfügung gestellten, vor allem



Isabel Koberwein: „Der Druck auf Löhne und Gehälter steigt, wo Pflege zum Geschäft wird.“

FOTO: PRIVAT

öffentlichen Mittel, geboten ist, kann kaum bestritten werden. Unter Ökonomisierung könnte demnach ein effizienzorientierter und den Marktprinzipien folgender Ressourceneinsatz verstanden werden. Angesichts rasant wachsender Umsatzmöglichkeiten verändert sich die Pflege jedoch in Richtung Gewinnorientiertheit und Ökonomisierung, die vielleicht besser als Kommerzialisierung bezeichnet werden sollte.

Noch vor wenigen Jahren waren die Anbieter im Bereich der Unterbringung und Betreuung pflegebedürftiger Menschen fast ausschließlich im Non-Profit-Bereich zu finden. Mittlerweile haben gewinnorientierte Unternehmen den Pflegesektor „für sich entdeckt“. Österreichs größter privater Pflegeheimbetreiber SeneCura ist Teil der französischen Orpea Gruppe, die europaweit 854 Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen betreibt und deren operativer Gewinn im Jahr 2016 bei 371 Millionen Euro lag. In Deutschland wurde die einst kleine Pflegeheimgruppe Alloheim 2008 von einem britischen Private-Equity-Investor übernommen, es folgte eine massive Expansion und eine Reihe von Weiterverkäufen, welche dem bislang letzten Investor 1,1 Mrd. Euro Gewinn eingebracht haben. Alloheim ist mittlerweile eine europäische Aktiengesellschaft und der zweitgrößte Pflegeheimbetreiber in Deutschland, wo laut Branchenanalysen bereits acht der zehn größten Träger im Besitz von Finanzinvestoren sind.

Kalkulationen und Leistungen folgen bei solchen Anbietern einer anderen Logik als in nicht-gewinnorientierten Organisationen. Personal wird als Kos-

tenfaktor betrachtet. Der Druck auf Löhne und Gehälter, wie auch auf Arbeitsbedingungen steigt. In diesem Gefüge gibt es auch immer öfter Bestrebungen, Personalkosten noch weiter zu verringern. SeneCura hat beispielsweise vor kurzem Pläne bekannt gemacht, Pflegepersonal aus Marokko in Österreich ausbilden und beschäftigen zu wollen. Ganz abgesehen von der Tatsache, dass Kolleg*innen aus dem Ausland bei der Aufrechterhaltung unseres Pflegesystems unverzichtbar sind (in der aktuellen Corona-Krise wurde das mehr als deutlich), liegt hier der Verdacht nahe, dass so vor allem die Lohnkosten gesenkt werden sollen. In einer sich derart verändernden Pflegebranche treten die eigentlichen Unternehmensinhalte, also eine angemessene und an den Bedürfnissen ausgerichtete Pflege, in den Hintergrund. Dabei darf auch nicht unerwähnt bleiben, dass die erzielten Profite auf Kosten der Pflegebedürftigen und der Allgemeinheit entstehen, denn sie stammen zu einem guten Teil aus Steuern sowie aus privat erbrachten Eigenbeiträgen.

Qualität oder Quantität?

Ökonomisierte Abläufe und Arbeitsweise sind natürlich auch im Zusammenhang mit der Qualität der Pflege zu betrachten. Der Umstand, dass auf Bereiche nun Marktregeln Anwendung finden, die früher vor allem im Hinblick auf deren gesellschaftliche Funktion bewertet wurden und in denen ökonomische Erwartungen nur begrenzt Stellenwert hatten, erzeugt in vielfacher Hinsicht ein Dilemma. Standardisierte und zeitlich eng getaktete Abläufe mit hinzukommenden Dokumentationsvorgaben, sind mit Emotions- und Beziehungsarbeit nur schwer unter ei-



Isabel Koberwein: „Mittlerweile haben gewinnorientierte Unternehmen den Pflegesektor „für sich entdeckt“... (Die deutsche Pflegeheimgruppe) Alloheim ist mittlerweile eine europäische Aktiengesellschaft und der zweitgrößte Pflegeheimbetreiber in Deutschland, wo laut Branchenanalysen bereits acht der zehn größten Träger im Besitz von Finanzinvestoren sind.“

FOTO: CECILIE ARCURS

nen Hut zu bringen. Für Pflegekräfte entstehen dabei oftmals Widersprüche zwischen ihrer inneren Haltung, ihrer beruflichen Identifikation und den real zu bewältigenden Anforderungen. Vielfach kommen unzureichende Unterstützung und Wertschätzung hinzu und setzen mit Reaktionen wie Gleichgültigkeit, Resignation oder Zynismus eine Spirale nach unten in Gang. Sowohl die Gesundheit und Arbeitsfähigkeit der in Pflege beschäftigten Menschen werden aufs Spiel gesetzt, wie auch die Qualität der Pflege und damit die Gesundheit, Würde und Zufriedenheit der zu pflegenden Menschen.

Gemeinnützigkeit als Leitprinzip

Mit dem Anspruch, dass mit Pflege kein Gewinn gemacht werden darf, hat das Burgenland die Vergabe von Landesmitteln im Pflegebereich kürzlich gesetzlich an das Prinzip der Gemeinnützigkeit geknüpft. Somit unterliegen

Betreiber*innen von Einrichtungen zur Betreuung pflegebedürftiger und behinderter Menschen nun der Verpflichtung, allenfalls entstehende Gewinne wieder für die Pflege zu verwenden. Investitionen in die Optimierung der Infrastruktur sowie in die Qualität der Pflegeeinrichtung und der Pflegeangebote werden so gesichert. Begrüßenswert ist dabei, dass auch eine Aufstockung des Pflegepersonals als eine solche Verbesserung genannt wird. Eine noch weitreichendere Sichtweise, die eine umfassende Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Pflegebereich und eine faire Bezahlung miteinbezieht, wäre nicht nur wünschenswert, sondern auch konsequent. Das Burgenland hat mit diesem Schritt zweifelsohne einen beispielgebenden Impuls für eine gute Entwicklung der Pflege gegeben. Zusammenfassend bleibt: Unabhängig von den jeweiligen finanziellen Möglichkeiten, muss ein Anrecht auf

menschenwürdige Pflege, die mehr bedeutet als effiziente körperliche Versorgung und die der Individualität, Selbstbestimmtheit und Integrität der zu Pflegenden genügend Raum gibt, für jeden Menschen gelten. Faire Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in diesem Bereich sind damit untrennbar verbunden. Die Erwartung, dass Pflege ökonomisch rentabel sein kann, steht dazu in einem sehr klaren Widerspruch.

Standardisierte und zeitlich eng getaktete Abläufe mit hinzukommenden Dokumentationsvorgaben, sind mit Emotions- und Beziehungsarbeit nur schwer unter einen Hut zu bringen. Mittlerweile haben gewinnorientierte Unternehmen den Pflegesektor „für sich entdeckt“.

Alloheim ist mittlerweile eine europäische Aktiengesellschaft und der zweitgrößte Pflegeheimbetreiber in Deutschland, wo laut Branchenanalysen bereits acht der zehn größten Träger im Besitz von Finanzinvestoren sind.

Millionärssteuer zur Finanzierung von Pflege

Gewerkschafterin Eva Scherz im Interview mit ZeitZeichen

EVA SCHERZ, die seitens der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA-djp) den Kollektivvertrag der Sozialwirtschaft verhandelt hat, erklärt im Interview mit ZeitZeichen, warum das Verhandlungsergebnis für die Beschäftigten, insbesondere in den Bereichen Pflege und Betreuung, akzeptabel ist, was die Corona-Krise zeigt und fordert und was es an weiterer Finanzierung braucht, an Veränderungen in der Ausbildung sowie in der gesellschaftlichen Bewertung von Pflege und Betreuung.

ZZ: Nach vielen Runden zäher Verhandlung zwischen Arbeitgeber*innen- und Arbeitnehmer*innenseite sowie einer Reihe von Streiks ist am 1. April der Kollektivvertrag der Sozialwirtschaft abgeschlossen worden – Corona und die massiven Herausforderungen für viele Beschäftigte in der Sozialwirtschaft, insbesondere der Pflege, waren bereits ein Thema von hoher Dringlichkeit. Das Ergebnis der Verhandlung – eine Lohnerhöhung von 2,7 Prozent, eine Arbeitszeitverkürzung von 38 auf 37 Wochenstunden, und eine einmalige Prämie für Beschäftigte mit Kundenkontakt in der Höhe von 500,- Euro – hat viele erstaunt. War für die Beschäftigten nicht mehr herauszuholen?

ES: Die Beschäftigten in Pflege und Betreuung älterer Menschen machen 40 – 50 Prozent aller vom Kollektivver-

trag der Sozialwirtschaft erfassten Arbeitnehmer*innen aus. Insgesamt gilt der Vertrag für 100 verschiedene Berufsgruppen, die Situationen in den diversen Arbeitsumfeldern sind sehr unterschiedlich. Extrem gefordert sind die Beschäftigten in der stationären Pflege. Die Krise hat natürlich Aufwind im Bereich der Pflege- und Betreuungsberufe gebracht, aber wir sind von Förderungen abhängig. Und im öffentlichen Bereich drohen Einbrüche, Sparpakete. Keiner wusste und weiß, wann die Welt wieder „normal“ wird. Wichtig war uns, dass die Lohnerhöhung rückwirkend ab 1. Februar ausbezahlt wurde. Mit dem erhöhten Gehalt haben wir die Ausgangsbasis für die Lohnsituation in der Kurzarbeit verbessert.

ZZ: Können 500,- Euro einmalige Zulage für Beschäftigte mit Kundenkontakt tatsächlich abgelten, was da an Risiko eingegangen wird?

ES: Zunächst: das ist ein Rechtsanspruch und kommt direkt vom Arbeitgeber, als Abgeltung für erhöhte Risiken und erhöhten Einsatz. Wir wollen, dass es da mehr gibt, dass die Politik einen Sondertopf einrichtet, sich großzügig zeigt und die Beschäftigten noch etwas dazu bekommen, über 500,- Euro hinaus. Ich denke, das sollte möglich sein.

Eva Scherz: „Es geht letztlich darum, wie hoch eine Gesellschaft den Wert einer Arbeit ansetzt. In allen Sozialberufen werden die Beschäftigten unterbezahlt.“ **FOTO:** GPA-DJP

ZZ: Welche Forderungen stehen noch im Raum?

Es braucht mehr Personal, und zwar um 20 Prozent mehr. Das sagen alle vier Fachgewerkschaften – die Gewerkschaft öffentlicher Dienst, die Younion, die z.B. die Beschäftigten in den Gemeindespitälern vertritt, die Gewerkschaft der Privatangestellten und Vida, die österreichische Verkehrs- und Dienstleistungsgewerkschaft, die u.a. für Beschäftigte in Hotel, Gastgewerbe und Persönlicher Dienst da ist. Da haben immer schon Kolleg*innen gefehlt, jetzt wird das noch deutlicher. Es kommen in diesen Bereichen wenige Junge nach. Profitiert hat man von der EU-Ost-Erweiterung, aber das ebbt jetzt ab, wie man an der 24-h-Betreuung sieht.

ES: Wie kann man gegensteuern?

ZZ: Die Ausbildung muss anders gestaltet werden. Die Inhalte selbst sind spannend und gut, das ist nicht das Problem. Problematisch ist, dass nicht die richtigen Gruppen angesprochen werden. Früher waren es die jungen Frauen vom Land, die in die Stadt gegangen und in diese Berufe hineingegangen sind – die sind heute nicht mehr so leicht ansprechbar. Viel besser wäre es, Ältere anzusprechen, z.B. Wiedereinsteigerinnen, Männer, Personen aus dem migrantischen Bereich. Es bedeutet einen finanziellen Mehraufwand, wenn man Ältere gewinnen möchte, da braucht es mehr Fördermodelle.

ES: Im Bereich der Heimhelfer*innen



und Pflegeassistent*innen gibt es bereits viele Beschäftigte mit Migrationshintergrund, da müsste man in die Höherqualifizierung investieren. Oft scheitert die an Sprachbarrieren, man müsste also Intensiv-Sprachkurse vorschalten. Das würde auch jenen helfen, die bereits als gut ausgebildete Fachkräfte aus dem Ausland kommen, aber nicht gut Deutsch sprechen. Ausreichend gutes Deutsch ist nicht nur wichtig, weil immer mehr Dokumentation gefordert ist, sondern auch weil es wichtig ist, dass sich Pflegende und zu Pflegende gut miteinander unterhalten können.

ZZ: Immer wieder hat es Debatten um die Einrichtung einer Pflegelehre gegeben. Was halten Sie davon?

ES: Alle vier Gewerkschaften haben sich gegen eine Pflegelehre ausgesprochen, weil sie das für den falschen Weg halten. Pflege setzt viel Lebenserfahrung und Praxis voraus. Wir glauben, dass man 15-Jährige nicht ans Pflegebett stellen sollte.

ZZ: Warum sind Branchen, in denen es um Pflege und im weitesten Sinn um Care-Arbeit geht, nach wie vor Frauenbranchen?

ES: Der Sozialbereich insgesamt ist noch relativ jung. Die Professionalisierung, die da vor sich geht, ist enorm, die Bezahlung hinkt hinterher. Es ist immer die Frage, was man womit vergleicht. Eine Pflegeassistentin ist in einem Jahr ausgebildet, ein Elektroingenieur braucht mehrere Jahre bis zum Ausbildungsabschluss. Es geht letztlich darum, wie hoch eine Gesellschaft den Wert einer Arbeit ansetzt. In allen Sozialberufen werden die Beschäftigten unterbezahlt.

ZZ: Wie erleben Sie die Bereitschaft von Beschäftigten in der Sozialwirtschaft, insbesondere von Frauen, sich zu organisieren und für die eigenen Interessen gemeinsam aufzutreten?

ES: Ich bin unglaublich stolz, was da

geglückt ist. Es fehlen ja 100 Jahre Geschichte der Selbstorganisation vergleichbar etwa mit den Industriearbeiter*innen. Ich bin sehr stolz, dass wir einen Kollektivvertrag haben. Die Beschäftigten in Österreich sind besser organisiert als z.B. die Kolleg*innen in Deutschland, wo es lediglich einen gesetzlichen Mindestlohn gibt.

ZZ: Was hören Sie von den Beschäftigten in der Pflege über ihre Erfahrungen im Berufsalltag angesichts von Corona?

ES: Im Bereich der in der Pflege Beschäftigten werden Risikogruppen angesichts von Corona nicht benannt und von der Arbeit freigestellt. Das gilt für alle systemrelevanten Berufe. Teilweise herrscht panische Angst. Da wird z.B. davon erzählt, wie man nach der Arbeit beim Heimkommen erst mal ausführlich desinfiziert und eine halbe Stunde lang duscht. Die zu Pflegenden durften über lange Zeit hinweg keinen Besuch bekommen, konnten nicht spazieren gehen – das alles belastete zusätzlich. Trotzdem höre ich keine Beschwerden. Die Arbeitshaltung lässt sich beschreiben mit den Worten einer Beschäftigten: „Das ist das, was ich gelernt habe. Die brauchen uns jetzt“. Ich bewundere diese Menschen. Das Krisenmanagement war bzw. ist hervorragend, seitens Arbeitgeber- wie Arbeitnehmer*innen. In vielen Bereichen läuft es sehr gut, z.B. was die Schichtpläne oder auch die Ausrüstung mit Schutzkleidung betrifft.

ZZ: Was braucht es denn, um den Pflegesektor nachhaltig optimal zu gestalten?

ES: Das Hauptproblem ist: es gibt neun Bundesländer mit neun sehr unterschiedlichen Regelungen für den Sektor. Unser Wunsch wäre: gleiche Regeln für alle - was Qualitätsstandards betrifft, den Personalschlüssel, das Leistungsangebot. Zweitens: Pflege und Betreuung sollen steuerfinanziert sein. Dazu gibt es etwa die Forderung nach Einführung einer „Millionärssteuer“,

von Vermögens- und Erbschaftssteuern. Gerade jetzt ist ein guter Zeitpunkt, um über Verteilungsgerechtigkeit zu sprechen.

Interview: Elisabeth Ohnemus

ÖKONOMIE DER GERECHTIGKEIT: WER MEHR HAT, KANN UND MUSS AUCH MEHR BEITRAGEN

Katholische ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich unterstützt in einer Presseaussendung vom 8. April Forderungen nach einmaligem Lastenausgleich und Wiedereinführung von Erbschafts- und Schenkungssteuern.

KABÖ-Vorsitzende Anna Wall-Strasser: „Wenn wir von Solidarität reden, muss sie vorrangig den Menschen nützen, die es am dringendsten brauchen. Umverteilung von oben nach unten ist angesagt, es braucht eine Politik der sozialen Gerechtigkeit. Eine gerechte Besteuerung der hohen Einkommen und der Vermögen und Gewinne gehört da genauso dazu wie die Existenzsicherung durch höheres Arbeitslosengeld oder Formen des Grundeinkommens. Ein starker Sozialstaat ist wichtiger denn je.“

Wall-Strasser verweist auf diese, bereits 2014 im KAB Positionspapier „Den Wandel gestalten. Arbeit & Leben neu denken“ verankerte Überzeugung. „Es ist höchste Zeit Schritte in diese Richtung zu setzen, die sowohl die Wiedereinführung von Erbschafts- und Schenkungssteuer auf Dauer beinhalten müssen, als auch, so wie etwa von attac gefordert, einen akuten 60 prozentigen Lastenausgleich von Milliardär*innen umzusetzen“, bekräftigt Wall-Strasser die Position der KABÖ. Nur eine Wettbewerbsordnung, die die ausgleichende, verteilende und soziale Gerechtigkeit als Fundament hat, sei zukunftsfähig.

KOMMENTAR

ZUR PERSON

Martin Risak ist außerordentlicher Universitätsprofessor am Institut für Arbeits- und Sozialrecht der Universität Wien und im Sommersemester Gastprofessor an der Universität Salzburg. Er ist unter anderem Vorsitzender des Senates II der Gleichbehandlungskommission und Mitglied der Europäischen Kommission beratenden "European centre of expertise in the field of labour law, employment and labour market policies (ECE)".

FOTO: PETER REITMAYR



Pflege und Betreuung während der COVID-19-Pandemie

Knackpunkte werden jetzt besonders sichtbar

*Pflege und Betreuung sind eine Dauerbaustelle, die leider immer nur stückweise repariert wird. Das ist auch darauf zurückzuführen, dass sie in die Gesetzgebungs- und Vollzugskompetenz der Länder fällt und von diesen wesentlich zu finanzieren ist. Aber eben nicht ganz: Pensionsbezieher*innen haben einen Anspruch auf Bundespflegegeld, der aber wenn sie in stationärer Pflege (dh im Pflegeheim) sind, zum Großteil gemeinsam mit der Pension zur Deckung der Kosten einbehalten wird. Auf das Vermögen darf hingegen seit der Abschaffung des Pflegeregresses seit 2018 nicht mehr zurückgegriffen werden. Werden Personen jedoch zu Hause gepflegt und betreut, so müssen diese auf mobile Pflege und häufig auch auf 24-Stunden-Betreuung zurückgreifen. Und diese ist trotz der schlechten Bezahlung für die so gut wie immer selbständigen, weiblichen und migrantischen Pflegekräfte sehr teuer und frisst dann häufig alle Ersparnisse auf und ist außerdem nicht selten von den Angehörigen zusätzlich zu finanzieren.*

Die COVID-19-Krise macht die Knackpunkte in diesem System nun besonders sichtbar. Die 24-Stunden-Betreuung zu Hause funktioniert im Wesentlichen auf Basis der massiven Lohnunterschiede zwischen Österreich und den Nachbarländern im Osten (insb Rumänien und der Slowakei), woher die meisten Betreuerinnen kommen. Sie leben mit den von ihnen Betreuten ein bis zwei Wochen lang in deren Haus oder Wohnung und kehren dann für dieselbe Zeit nach Hause zu ihrer Familie zurück. Dies wird durch eine gesetzliche Regelung ermöglicht, die eine selbständige Tätigkeit mit Gewerbeschein in diesem Bereich vorsieht, ansonsten wäre das ein klassischer Fall von Scheinselbständigkeit. Und mangels Arbeitnehmerinnen-Eigenschaft müssen daher an die rund 64.000 Gewerbescheinhaberinnen auch nicht einmal die ohnehin nicht üppigen Löhne des Kollektivvertrages für die Sozialwirtschaft bezahlt werden. Die Familienbeihilfe, die nicht unwesentlich zu deren Einkommen beigetragen hat, wurde 2019 entsprechend den Lebenshaltungskosten gekürzt (für in Rumänien lebende Kinder somit auf rund die Hälfte). Die Europäische Kommission erachtet das übrigens für europarechtswidrig, ein Vertragsverletzungsverfahren läuft. Und dann kamen die Grenzschließungen

im Zuge der COVID-19-Pandemie: Der Transport für die Pflegekräfte kam ins Stocken, sie mussten vor Arbeitsantritt ohne Bezahlung 14 Tage in Quarantäne oder sie blieben, weil der Wechsel ausblieb, länger bei den zu Betreuenden und kamen über viele Wochen nicht heim zu ihrer Familie. Die derzeitige Krisensituation zeigt somit ein weiteres Mal, wie verletzlich das auf migrantische Arbeit mit geringem Lohn aufbauende System ist und dass es auf Dauer keine Lösung sein kann.

Im Bereich der stationären Pflege war die Ressourcenknappheit offensichtlich noch viel dramatischer für die Betroffenen. Weil Schutzausrüstung fehlte und teilweise anfangs eher zögerlich die Schutzmaßnahmen umgesetzt wurden, kam es in Pflegeheimen zu zahlreichen Infektionen und leider auch vergleichsweise vielen Toten.

FOTO: MENSCH&ARBEIT



Es ist zu hoffen, dass die Erfahrungen aus der COVID-19-Krise im Bereich der Pflege und Betreuung dafür genützt werden, das System grundsätzlich umzustellen. Es kann zum Wohle der zu Pflegenden und zu Betreuenden langfristig nur dann funktionieren, wenn es dort korrekte Arbeitsverträge mit ent-

sprechendem Schutz und angemessener Entlohnung gibt. Und das kostet natürlich Geld – aber das sollte es uns wert sein, dass unsere Großeltern einen Lebensabend in Würde und möglicher Selbstbestimmung verbringen können.

KOMMENTAR

ZUR PERSON

Irene Huss, Betriebsseelsorgerin im Treffpunkt mensch&arbeit Braunau

FOTO: MENSCH&ARBEIT



Frauen tragen durch die Krise(n)

Die enttäuschende und bittere Erkenntnis der Corona-Krise ist, dass wir in der Aufteilung der (unbezahlten) Arbeit noch lange nicht dort angekommen sind, wo wir uns schon gerne gesehen hätten. Das liegt nicht an Corona, sondern wird dadurch nur sichtbar. Am deutlichsten spürbar wird das in Familiensituationen, in denen es (manchmal sehr plötzlich) um Krankheit und Pflege geht.

Im März 2020 wandelte sich unser aller Leben von einem Tag auf den anderen. Die Kinder mussten von Kindergarten und Schule zu Hause bleiben, behinderte Menschen konnten ihre Tagesstätten nicht mehr besuchen, mobile Pflegedienste sollten nurmehr, wenn es unbedingt nötig ist, zu den Pflegepersonen kommen. All diese Arbeiten wurden in die Familien zurückgelagert. Tatsächlich ausgeführt werden all die Pflege-, Sorge-, Bildungs- und Betreuungsarbeiten in den Familien zum Großteil von den Frauen. Beengte Wohnverhältnisse, schlechte technische Voraussetzungen, die eigene Berufstätigkeit und der Anspruch, es für alle gut und richtig zu machen, erschwert die Lage. Wenn die Situation nicht mehr oder nur mehr schlecht zu schaffen ist, sind schnell Schuldgefühle im Spiel. Doch trotz der schwierigen Bedingungen sind erstaunlich wenige Kinder in der akuten, aber auch in der aufgelockerten „Lockdown“-Phase in den Schulen betreut worden. Das mag möglicherweise an den Formulierungen der Bundesregierung liegen. Es sei "keine Schande", seine Kinder in Betreuung zu geben, "wenn man es nicht mehr aushält", erklärte der Bundeskanzler und hinterlässt den schalen Beigeschmack, dass es eigentlich schon eine Schande ist und dass man „es nicht schafft“. Wer gehört schon gerne zu denen, die es nicht schaffen?

Es ist auch außerhalb von Corona-Zeiten in den meisten Familien so: wenn das Kind krank ist, bleibt die Mama zu Hause bzw. übernimmt sie die Organisation einer Pflegeperson (und das ist in den meisten Fällen dann die Großmutter). Wenn eine ältere Person zum Pflegefall wird, kümmert sich ebenfalls zum Großteil eine weibliche Person um Pflege bzw. um die Organisation dafür. Das heißt: wenn Ausnahmesituationen sind, die Gesundheit, Sorge oder Pflege betreffen, dann machen Frauen das. Das, was sich im normalen Alltag noch einigermaßen planen und einbauen lässt und manchmal nebenbei geht, wird zur absoluten Kraftprobe, wenn diese Dienste über einen längeren Zeitraum andauern. Pflege über einen längeren Zeitraum ist kraftraubend und erschöpfend, wenn die Rahmenbedingungen nicht passen.

Der „Lockdown“ während der Corona-Pandemie hat uns deutlich gemacht: Frauen haben nach wie vor wenig Wahlmöglichkeiten. Der Einsatz für gerechte Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit ist weiterhin von uns allen gefordert, ebenso wie der Einsatz für faire Bezahlung und Arbeitsbedingungen in Pflege, Reinigungs- und Betreuungsberufen, welche ja auch zum Großteil von Frauen ausgeführt werden. Beim genauen Blick auf diese ungleichen Bedingungen drängt sich die Frage auf: ist das so gewollt? Und wer kann das im Jahr 2020 noch so wollen?

Im Einsatz für gerechte Verteilung geht es nicht und ging es nie um ein gegenseitiges Ausspielen von Männern und Frauen, sondern um ein Miteinander und darum, allen die gleichen Chancen und Möglichkeiten zu geben. Es geht darum, Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine Wahl möglich machen. Eine Wahl für Frauen und für Männer.

Ungleichheiten unterm Brennglas

Corona zeigt, wie es um die Geschlechtergerechtigkeit steht

Krisen, vor allem Wirtschaftskrisen, zeigen, dass „typische“ Frauenberufe krisenresistenter als „Männerberufe“ sind. Aber wie sieht es mit der Wertschätzung und der Bezahlung dafür aus? Eine Bestandsaufnahme und drei mögliche Szenarien für die Zukunft erstellt die Ökonomin **KATHARINA MADER**.



Katharina Mader ist Assistenzprofessorin am Institut für Heterodoxe Ökonomie der WU Wien. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Feministische und Politische Ökonomie, Care-Ökonomie sowie Wirtschaftspolitik und Gender.

FOTO: P. RUSSMANN/PORTRAIT MADER

Bisherige Krisen (vor allem Wirtschaftskrisen) haben immer „nur“ sichtbar gemacht, wie viel krisenresistenter diese typischen Frauenberufe im Vergleich zu den typischen Männerberufen sind, denn gepflegt, geputzt und erzogen muss auch in Krisenzeiten werden. Die derzeitige Corona-Krise zeigt einmal mehr, wie überlebensnotwendig diese Arbeit ist.

Für unbezahlte Arbeit sind noch immer groÙteils Frauen zuständig

Auch die Rolle von Frauen als so genannte „soziale Airbags“ sehen wir in allen Krisen der letzten Jahrzehnte. So übernehmen Frauen beispielsweise in und nach Krisenzeiten deutlich mehr unbezahlte Arbeit. Dies zeigte sich vor allem in der letzten Wirtschaftskrise. Die eigentliche Konsequenz hätte sein müssen, Frauen von unbezahlter Arbeit zu entlasten. Von staatlicher Seite würde das flächendeckende qualitätsvolle Kinder-, Behinderten- und Altenbetreuung bedeuten. Denn die unbezahlte Haus- und Sorgearbeit hat in Österreich fast das gleiche Volumen wie die bezahlte Erwerbsarbeit: Während Österreicherinnen und Österreicher im Jahr neun Milliarden Stunden unbezahlte Arbeit verrichten, sind sie 9,5 Milliarden Stunden erwerbstätig. Im Schnitt machen Frauen zwei Drittel der unbezahlten, Männer zwei Drittel der bezahlten Arbeiten.¹ Wenn wir diese unbezahlte Arbeit mit einem monetären Wert bemessen, dann entsprechen diese neun Milliarden Stunden bei einem Durchschnittslohn der personen- und haushaltsbezogenen Dienstleistungen etwa 100 bis 105 Milliarden Euro, also zwischen 27 und 30 Prozent des BIP.

Aktuell finden sich viele Texte und Grafiken, die zeigen, dass Frauen in der Corona-Krise das System am Laufen halten: in der Pflege, in der Reinigung, im Einzelhandel sind überdurchschnittlich viele Angestellte weiblich. Das sind natürlich nicht die einzigen Bereiche, die im Moment wesentlich für das Funktionieren unserer Gesellschaft sind, wir sollten auch die eher männlich dominierten Bereiche wie beispielsweise die LKW-Fahrer*innen oder die Erntehelfer*innen nicht vergessen. Spannend dabei ist vor allem, dass die Corona-Krise unser Verständnis vom „System am Laufen halten“ zu verändern scheint, denn während der letzten Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 wurden noch die Banken als systemrelevant bezeichnet.

„Frauen-Berufe“ sind nicht nur „systemrelevant“, sondern überlebensnotwendig

„Frauen-Berufe“ sind oft Berufsgruppen, deren geringe Löhne, mindere Wertschätzung und schwierige Ar-

beitsbedingungen bislang unsichtbar blieben. Viele dieser Erwerbsarbeiten mit hohen Frauenanteilen entstanden im Zuge der Kommodifizierung, also des „Zur-Ware-Werdens“ vormals unbezahlter Arbeiten von Frauen in den eigenen Haushalten. Aus der Nähe zur unbezahlten Arbeit resultiert auch die Minderwertschätzung, die sich in niedrigen Löhnen in gerade diesen Branchen widerspiegelt. Es wird immer noch davon ausgegangen, dass die Frauen es „zu Hause machen“ könnten, also brauche es keine vernünftige Ausbildung, keinen vernünftigen Arbeitsschutz, keine anständigen Arbeitsbedingungen und anständigen Löhne. Gleichzeitig sind es aber auch diese typischen Frauenerwerbstätigkeiten, die es anderen Frauen ermöglichen, überhaupt erst erwerbstätig zu sein. Denn sie haben erst dadurch, dass es einen Kindergartenplatz oder einen Pflegeplatz für Angehörige gibt, die zeitlichen Ressourcen für den Arbeitsmarkt. Insofern sind diese Berufe schon immer „systemrelevant“.

Die Notwendigkeit der Schließung von Schulen und Kindergärten hat in der jetzigen Krise jedoch eine neue Dimension dessen eröffnet. Wir scheinen zu realisieren, welche Netzwerke an un(ter)bezahlter Sorgearbeit eigentlich sonst notwendig sind, wenn Schulen, Kindergärten und Großeltern aber auch 24-Stunden-Pfleger*innen nicht mehr zur Verfügung stehen (können). Die derzeitige Situation macht also auch deutlich, dass es ganz wesentlich um eine Umverteilung der unbezahlten Arbeit im Privaten gehen muss.

Die Corona-Krise als Vergrößerungsglas für Ungleichheiten

Die Schließungs- und Quarantänemaßnahmen werden vielfach romantisiert – nun habe man Zeit fürs Kochen, Backen, die Umgestaltung der Wohnung und für eine Auszeit aus dem Hamster-rad. Diese Romantisierung der Maßnahmen ist – ähnlich wie die damit einhergehende Romantisierung der bürgerlichen Kleinfamilie – nur für einen kleinen Teil der Bevölkerung überhaupt zutreffend. Dafür braucht es weiterhin Einkommen bzw. Einkünfte. Die in die Höhe schnellenden Arbeitslosenzahlen sowie die Kurzarbeitszahlen und alle jene EPUs und KMUs, die nicht wissen, wie sie ihre Mieten oder gar Mitarbeiter*innen weiterfinanzieren können, zeichnen ein anderes Bild. In diesem Sinn braucht es auch Raum – Quarantäne funktioniert auf 100m² deutlich leichter als auf 40m² ohne Balkon oder Garten. Außerdem kann Home-Office in nicht-systemrelevanten Jobs bei funktionierenden technischen Lösungen und gleichzeitiger Kinderbetreuung in einem Paarhaushalt sehr viel einfacher als in einem Alleinerzieher*innenhaushalt laufen. Und die Kinderbetreuung von Kleinkindern ist eine ganz andere als die, Schüler*innen beim Weiterlernen zu unterstützen – das geht bekanntlich schon bei hoher eigener Schulbildung nicht immer gut. Je mehr Existenzängstige Menschen haben, desto schwieriger gestalten sich für sie die Maßnahmen des lock-downs.

Durch diese Corona-Krise ziehen sich also nicht nur Ungleichheiten der Geschlechter, sondern auch jene nach Klassen bzw. Schichten und vor allem auch nach Migrationshintergrund.

Geschlechtergerechtigkeit nach Corona?

Aus heutiger Sicht sind drei Zukunftsszenarien denkbar, wenn wir die wirtschaftlichen Folgen für Frauen vor allem mit Fokus auf die unbezahlte Sorgearbeit betrachten:

Das erste Szenario wäre, dass die derzeitige Situation mehr als noch die Krisen davor zeigen kann, wie überlebensnotwendig die typischen Frauenberufe einmal mehr sind. Und das Volumen an un(ter)bezahlter Sorgearbeit wird sichtbar. Damit wird diese Arbeit endlich gesellschaftlich aufgewertet und auch monetär besser entlohnt.

lichkeit von Frauen eingefordert, ihr gesellschaftlicher Wert bleibt jedoch weitgehend unthematisiert. Vereinbarkeit von Home-Office und Kinderbetreuung wird automatisch als Frauensache gesehen. Die Doppel- und Dreifachbelastung von Frauen steigt, es wird zwar zwischenzeitlich und zumindest im Kleinen und Privaten ihr Arbeitsvolumen sichtbar gemacht. Gleichzeitig gibt es aber durch die großen so genannten „Reservearmeen“ an Arbeitslosen einen grundsätzlichen Lohndruck, und unter- bzw. unbezahlte Sorgearbeit wird auch mit dieser Krise nicht aufgewertet.

Krisen können Lernerfahrungen ermöglichen

Nach der letzten großen Wirtschaftskrise habe ich erforscht, ob gleichstellungspolitische Lehren daraus gezogen wurden und die feministische

„FEMINISTISCHE WIRTSCHAFTSPOLITISCHE FORDERUNGEN DER LETZTEN JAHRE UND JAHRZEHNTE WIE ETWA EINE GENERELLE ARBEITSZEITVERKÜRZUNG FÜR DIE MÖGLICHE NEUVERTEILUNG VON UNBEZAHLTER UND BEZAHLTER ARBEIT ZWISCHEN DEN GESCHLECHTERN ODER EINE BESTEUERUNG VON VERMÖGEN UND DAMIT DAS GESELLSCHAFTLICH GERECHTE VERTEILEN VON GEWINNEN... WÄREN GANZ WESENTLICH.“

Im zweiten Szenario werden Frauen genau deshalb, weil Kindergärten, Schulen und Großeltern für längere Zeit nicht zur Verfügung stehen, insgesamt weiter ins Private gedrängt. Ihr Zuvordienst wird nicht als wesentlich betrachtet und sie verlieren ihre Arbeitsplätze, weil sie über längere Dauer die zeitlichen Ressourcen für Erwerbsarbeit nicht mehr haben.

Bei Szenario drei, das wohl am realistischsten ist, passiert fast gar nichts: zur Zeit wird (unbezahlte) Sorgearbeit im Wesentlichen als Selbstverständ-

Ökonomie aufgewertet wurde – dem war nicht so. Insofern bin ich auch bei dieser Krise nicht optimistisch, dass feministische Bestrebungen danach substanziell mehr gehört werden. Eine der wesentlichen Ideen der feministischen Ökonomie ist es, Wirtschaftssysteme von der bezahlten und unbezahlten Sorgearbeit aus zu denken, zu analysieren und zu modellieren. Hierfür gäbe die Corona-Krise jedenfalls viele Anknüpfungspunkte. Weitere feministische wirtschaftspolitische Forderungen der letzten Jahre und Jahrzehnte wie etwa eine generelle



FOTO: MENSCH&ARBEIT

SCHUTZ, SICHERHEIT UND SOZIALE WIRTSCHAFTSORDNUNG

Zum Tag der Arbeitslosen am 30. April und zum Tag der Arbeit am 1. Mai hat sich die KABÖ angesichts der Auswirkungen der Corona-Krise auf den Arbeitsmarkt in einer Presseaussendung zu Wort gemeldet. Sie plädiert darin für eine Erhöhung des Arbeitslosengelds, um Armut zu verhindern, für die Verstärkung von Arbeitsmarktprogrammen, vor allem im Bereich der gemeinnützigen und gesellschaftlich notwendigen Arbeit, für höhere Gehälter für Beschäftigte in Pflege, Handel, Transport und Reinigung und für eine Politik des sozialen Ausgleichs: „Wer mehr hat, muss mehr beitragen.“

Den vollständigen Text der Presseaussendung finden Sie auf der homepage der KABÖ:

<http://kaboe.at/site/oesterreich/aktivitaeten/article/1962.html>

Arbeitszeitverkürzung für die mögliche Neuverteilung von unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern oder eine Besteuerung von Vermögen und damit das gesellschaftlich gerechte Verteilen von Gewinnen und nicht nur das Sozialisieren von Verlusten scheinen zwar mitten in der Krise unmöglich machbar zu sein, wären aber ganz wesentlich, um bisherige Gleichstellungsbestrebungen nicht langfristig zu konterkarieren.

¹ Daten aus dem Jahr 2008/09 und der letzten Zeitverwendungserhebung, die es in Österreich gab.

AKTUELLE STUDIE

Dieser Text ist zuerst erschienen im blog der Katholischen Sozialakademie Österreichs (ksoe).

Ergebnisse einer aktuellen Studie des Instituts für Heterodoxe Ökonomie zur Verteilung von unbezahlter Arbeit in Haushalten während COVID-19 sind zu finden auf dem Instituts-Blog unter <https://www.wu.ac.at/en/vw3/research/current-projects/genderspecificeffectsofcovid-19>

Gegen die Frustration

Ein Bericht aus der Pflege-Praxis der ehrenamtlichen KAB Mitarbeiterin Michaela Penz

Als diplomierte Gesundheits- und Krankenpflegerin bringt die neue Vorsitzende der KAB Steiermark jahrzehntelange Erfahrung in einem Berufsfeld mit, das schon lange und in Zeiten von Corona mehr denn je Beispiel dafür ist, wie minder notwendige Care-Arbeit in unserer Gesellschaft bewertet ist und wie sehr die Beschäftigten – vorwiegend Frauen – unter den Belastungen leiden. **MICHAELA PENZ** liebt ihren Beruf, sie kämpft gegen die weit verbreitete Frustration unter den Kolleg*innen an, indem sie sich gewerkschaftlich und als KAB-Funktionärin engagiert.

Ich habe meine Ausbildung zur diplomierten Kinderkranken- und Säuglingsschwester im Jahr 1986 begonnen und 1990 abgeschlossen. Unsere Ausbildungsstätte befindet sich im größten Landeskrankenhaus der Steiermark. Angefangen habe ich auf der Universitätsklinik für Kinder- und Jugendheilkunde. Nach der Karenzzeit war ich noch ein Jahr lang dort tätig und habe anschließend auf einer chirurgischen Abteilung mit reduzierter Dienstzeit begonnen.

Die Pflege ist für mich nach wie vor ein schöner Beruf, doch aufgrund der Rahmenbedingungen erscheint er vielen nicht mehr attraktiv. Die Zahl der medizinisch und pflegerisch zu betreuenden Patient*innen, die meist an mehreren Erkrankungen leiden, steigt kontinuierlich an. Die Anzahl der an Demenz erkrankten Personen nimmt stetig zu. Zugleich werden Spitalsbetten aufgrund von Sparmaßnahmen reduziert. In diesem Spannungsfeld ist eine ganzheitliche Betreuung durch die Pflege schwierig. Die Pflegedokumentation ist aufwendig, und für beratende Gespräche mit Angehörigen oder Bezugspersonen bleibt kaum Zeit. Immer mehr ärztliche Tätigkeiten werden an die Pflege übertragen. Am Ende des Jahres zählt meist nur die Anzahl von Patient*innen, die in ambulanter oder stationärer Betreuung waren.

„Dienst nach Vorschrift“

Junge Kolleg*innen sind nach wenigen Berufsjahren bereits frustriert und machen nur mehr „Dienst nach Vorschrift“

oder kündigen. Im Laufe der Jahre sind neue Ausbildungsformen (Fachhochschule, Pflegefachassistenten, Pflegeassistenten) entstanden, weitere sind in Planung. Ob dadurch mehr Personen den

„ICH HATTE KEINE ANGST, MICH ANZUSTECKEN.“

Pflegeberuf erlernen werden, wird sich zeigen.

In Zeiten von Covid-19 wurden nicht dringend notwendige Operationen und Behandlungen auf einen späteren Zeitpunkt verschoben und Bettenkapazitäten für infizierte Patient*innen frei gemacht. In den letzten Wochen war ich in der Versorgung und Pflege von Patient*innen eingeteilt. Ich hatte keine Angst, mich anzustecken, da die Schutzausrüstung (Maske, Mantel, Handschuhe,...) in guter Qualität und ausreichend vorhanden war.

Im Zuge meiner Berufslaufbahn habe ich schon viele Infektionskrankheiten erlebt und werde noch weitere erleben. Viele ansteckende Krankheiten sind in den letzten Jahrzehnten aufgetaucht und wieder verschwunden. Ich denke noch hin und wieder an unsere ersten einfachen Schutzausrüstungen, die uns damals zur Verfügung gestellt wurden, zurück.

Bessere Rahmenbedingungen, mehr Lohn

Als KAB-Funktionärin sehe ich mich als aktive Pflegeperson vor Ort. Ich unter-

stütze meine Kolleg*innen, nehme ihre Sorgen und Probleme ernst und arbeite in einer Gruppe von Pflegepersonen mit, die als Fraktion bei der anstehenden Betriebsratswahl antreten wird.



FOTO: PRIVAT

Wir als Pflegepersonen wünschen uns mehr Wertschätzung und Anerkennung durch die Gesellschaft und die Verantwortlichen in der Politik. Es wäre schön, wenn Danksagungen auch nach Covid-19 öfters zu hören wären, sowie die Rahmenbedingungen verbessert würden. Eine entsprechende Entlohnung wäre wünschenswert.

A Mensch mecht i bleibn

Christlich leben in der Perfektionsgesellschaft

„A Mensch mecht i bleibn“, das wünschte sich Wolfgang Ambros Mitte der 1990er. Den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen, ein menschenwürdiges Leben und Arbeiten zu fördern, ist von Anfang an Anliegen der Katholischen ArbeitnehmerInnen-Bewegung. Aber ist dies keine Selbstverständlichkeit im 21. Jahrhundert, wo doch nahezu permanent von Menschenrechten, Menschenwürde und wahren Menschsein die Rede ist? Was ist eigentlich ein „wahrer Mensch“, und wer legt dies fest? Ein Beitrag der Innsbrucker Theologin **MICHAELA QUAST-NEULINGER**.

Gehen Sie noch manchmal genussvoll durch den Wald, ganz ohne Schrittzähler, der Ihnen ein schlechtes Gewissen macht, weil Sie immer noch nicht Ihr Tagesziel erreicht haben? Sie essen noch Weizen, und Ihre Falten haben noch keine Creme gesehen? Es sind dies geradezu harmlose Beispiele aus dem Sammelsurium der Ver- und Gebote auf dem Weg zum perfekten Selbst. Doch was geschieht mit jenen, die dem Optimum nicht entsprechen können oder wollen? Der

soll über genetische Züchtungsoptimierung erreicht werden. Neue Techniken erlauben zielgenaue Eingriffe in das menschliche Erbgut, durchaus auch mit guten Absichten. Wenn dies aber nicht erfolgreich ist oder aussichtslos erscheint? Der perfekte Mensch nicht „machbar“ ist? Und wer definiert, was ein „Defekt“ ist? Der Rektor der Universität Linz, Meinhard Lukas, hielt im Oktober 2019 eine nachdenkliche Rede in Schloss Hartheim. 30 000 Menschen wurden in der NS-Zeit dort als „Ballast-

nach der Forderung mancher Stimmen geht, auch auf Krankenschein. Kein Mensch, eine Panne.

Die totale Perfektion: Vom optimierten Selbst zum totalitären System

Damit ist bereits der Schritt hin zum Politischen getan. Die Abgrenzung vom als gefährlich ausgemachten Anderen, die Sehnsucht nach Kontrolle aller realen und unrealen Gefahren, die totale Überwachung von Grenzen, Gesprächen, Finanzen. Donald Trump spricht



Michaela Quast-Neulinger: „Wenn die Selbst- und Gattungsoptimierung, die soziale und politische Abgrenzung neu auf die Spitze getrieben werden, müssen gerade Christinnen und Christen fragen: Wo wird Leben in seiner Zerbrechlichkeit geachtet?“

FOTO: ELISABETH ZARZER

kürzlich verstorbene Carlo Strenger ist hier ganz klar: „Das Unästhetische wird in Altersheimen und Spitälern versteckt.“ Es darf nicht sichtbar werden, darf nicht auf Broschüren, nicht auf die schönen Fotos und schon gar nicht ins Zentrum der Städte.

Doch es reicht nicht, das Individuum zu optimieren. Der „wahre Mensch“

existenzen“, als „unwertes Leben“ vernichtet. Lukas berichtet von der Geburt seines Kindes, Trisomie - „Haben Sie nicht auf Gendefekte testen lassen?“, so die vorwurfsvolle Frage der Ärztin. Dieses Kind „als vermeidbare oder unvermeidbare Panne im medizinischen Hochleistungssystem“. Wer nicht der Norm entspricht, muss weg. Wenn es

offen von Giftschlangen, Alligatoren und gezieltem Waffeneinsatz gegen Menschen. Aber eben nicht „optimalen“ Menschen, sondern Migrant*innen. Wo sitzen in Europa, in Österreich jene, die „Schutz & Sicherheit“ versprechen, die unverwundbare Heimat? Und wer kontrolliert jene, die die totale Überwachung fordern und umsetzen?

Welches Leid und wessen Tod ist der Preis für unser „perfektes Leben“?

Der Verwundbarkeit ins Auge blicken

Das Streben nach Perfektion, nach Unverwundbarkeit, scheint eine tiefe Versuchung des Menschen zu sein. Der Anthropologe Ernest Becker erkannte in der Angst vor dem Tod eine furchterregende, aber auch kulturstiftende Kraft. Der Schmerz, die Unvollkom-

Die Ambivalenz von Religion: Drachentöter oder Beziehungstifter?

Eine stabile Weltanschauung und Selbstwertgefühl sind laut TMT wichtige Puffer, um sich mit der Angst vor der eigenen Endlichkeit auseinanderzusetzen. Aber welche Form von Weltanschauung – und damit auch Religion – kann zu einer lebensförderlichen Haltung führen? Ist christlicher Glaube hier förderlich?

„... WAS GESCHIEHT MIT JENEN, DIE DEM OPTIMUM NICHT ENTSPRECHEN KÖNNEN ODER WOLLEN? DER KÜRZLICH VERSTORBENE CARLO STRENGER IST HIER GANZ KLAR: ‚DAS UNÄSTHETISCHE WIRD IN ALTERSHEIMEN UND SPITÄLERN VERSTECKT‘.“

menheit, die Verwiesenheit auf andere und die Kontingenz, d.h. die Zufälligkeit des Seins, sind laut Becker eine ständige Erinnerung an die Verwundbarkeit des Menschen. Sheldon Solomon, Jeff Greenberg und Tom Pyszczynski entwickelten dies weiter zur „Terror-Management-Theorie“ (TMT). Durch immer neue Experimente zeigen sie, dass die Konfrontation mit der eigenen Endlichkeit massiven Einfluss hat auf das Verhalten gegenüber anderen Weltanschauungen bzw. deren Anhänger. Sie bewirkt u.a. eine stärkere Identifikation mit der eigenen Gruppe und kann zu Abwertung und Gewalt gegenüber dem Anderen führen. So verurteilten Richter, die sich zuvor ihren Tod vorstellen sollten, Prostituierte zu massiv schärferen Strafen als die Kontrollgruppe. Teilnehmer*innen, die sich zuvor mit ihrem Tod auseinandersetzen sollten, forderten höhere Strafen für die Beleidigung nationaler Symbole wie z.B. Fahne, Hymne. Je unruhiger die Zeiten, je stärker das Gefühl der Bedrohung, umso größer die Versuchung sich abzugrenzen, sich einem Führer anzuhängen, sich selbst absolut zu setzen – und „den Anderen“, der als Gefahr für die eigene perfekte Ordnung ausgemacht wird, zu bekämpfen oder letztlich zu vernichten.

Der Zwang zum perfekten Selbst, zum optimalen Menschen, die soziale und politische Abschottung bis zur Vernichtung des Anderen sind die Strategien der Drachentöter. D.h. jener, die im Namen der absoluten (Kontroll-)Macht Unterwerfung üben und sich gerade heute auch wieder mit dem Namen „christlich“ dekorieren. „Wirklich christlich, das sind nur wir – nicht die Caritas-Christen!“ Bloß humanitär, viel zu verweichlicht, mehr beten und niederknien sollen sie. Vor allem jene werden ins „unchristliche“ Eck geschoben, die sich für Menschen in Not und Bedrängnis einsetzen. Religiöse und politische Drachentöter reichen sich dabei die Hand.

Umso wichtiger ist es, zu unterscheiden zwischen dem Gott der Unterwerfung und dem Gott der Ermächtigung. Die Macht der Drachentöter fürchtet Freiheit und Risiko. Ihre Form sind Furcht und Zwang. Die Macht der Liebe hingegen lockt und lädt ein zur Entfaltung des Lebens. Die Erfahrung der Nähe Gottes ist die Begnung mit einer heilenden Macht, die zu wirken beginnt, wenn ich loslasse, vertraue, dem Anderen – Gott wie Mensch – Raum schenke. Dieses Sein-Lassen, die Entfaltung in das Risiko der Freiheit ist gefährlich. Sie ist pure Provokation für jegliche autori-

täre Struktur, sei sie religiöser oder politischer Form.

Wenn die Selbst- und Gattungsoptimierung, die soziale und politische Abgrenzung neu auf die Spitze getrieben werden, müssen gerade Christinnen und Christen fragen: Wo wird Leben in seiner Zerbrechlichkeit geachtet? Wo darf ein Mensch noch Fehler machen? Wo erfahren Menschen noch „Gnade“, das bedingungslose JA?

„A Mensch mecht i bleibn...“, das ist zu wenig. Es geht letztlich darum, immer wieder neu Mensch zu werden – verwandelt zu werden in Beziehung zu Gott und Welt. Jenseits allen Perfektions- und Optimierungswahns, im Vertrauen darauf, dass es jemanden gibt, der immer wieder JA sagt. In aller Zerbrechlichkeit, Verwundbarkeit, Vergänglichkeit.

IMPRESSUM

Medieninhaberin (Verlegerin):

Katholische Arbeitnehmer - Bildungs- und Hilfswerk Österreich,
1010 Wien, Spiegelgasse 3/2/6

Herausgeberin: Katholische ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich,
Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien;
0664/6217198,

kab.office@kaoe.at

Geschäftsführerin:

Mag.^a Gabriele Kienesberger

Chefredakteurin:

Mag.^a Elisabeth Ohnemus

Redaktionsteam:

Mag.^a Gabriele Kienesberger, Philipp Kuhlmann, Mag.^a Anna Wall-Strasser

Verwaltung/Anzeigen:

Mag.^a Gabriele Kienesberger

Layout: Karin Weiß, weisskarin@gmx.at

Hersteller und Expedit:

Druckerei Wograndl/Mattersburg,
Verlagsort Mattersburg

Bankverbindung: Schelhammer &

Schattera, BIC: BSSWATWW

IBAN: AT93 1919 0000 0012 0659

Hinweis: Interessiert an einer Anzeige

in ZeitZeichen? [Informationen über](#)

[Anzeigengrößen und -preise erhalten](#)

[Sie im Büro der KABÖ.](#)

BUCH-TIPP



Katja Jungwirth
Meine Mutter, das Alter und ich

Verlag Kremayr & Scheriau
Wien, 2020
ISBN 978-3-218-01211-9
176 Seiten
Preis: € 22,-

„Du spürst wieder mal nichts, oder?“ Es sind Sätze wie diese, die die Luft zer- und direkt ins Herz schneiden. Die Mutter ist schwer erkrankt – und wird dadurch ihrer Unabhängigkeit beraubt; die Krankheit macht sie müde, depressiv, manchmal aber auch erstaunlich gelassen. Die Tochter sorgt sich, steht mal staunend, mal traurig, mal lachend vor den oft abrupten Stimmungsumschwüngen ihrer Mutter, mit der sie nun mehr und mehr die Rollen tauscht.

Katja Jungwirth protokolliert in kurzen, präzisen Szenen, wie Alter und Krankheit nicht nur eine einzelne Person betreffen, sondern wie sich ein Familiengefüge dadurch neu zusammensetzt und der Alltag sich verändert. Einkäufe werden zum Spießbrutenlauf, was heute richtig ist, ist morgen falsch, und umgekehrt. Hochkomische wechseln sich mit berührenden, zärtlichen Momenten ab. Ein Buch voller aufrichtiger Geschichten, in denen sich viele wiedererkennen werden.

Zum Kennenlernen bietet ZEITZEICHEN ein Schnupperabo an:

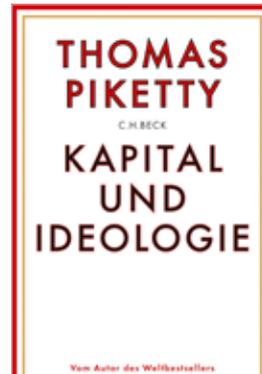
Bestellen Sie Ihr Gratis-Probeabo für 3 Ausgaben

per Post:

senden Sie Name und Bezugsadresse an:
ZeitZeichen, KABÖ,
Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien

oder per E-Mail:

kab.office@kaoe.at



Thomas Piketty
Kapital und Ideologie

Verlag C.H.Beck, München, 2020
ISBN 978-3-406-74571-3
1312 Seiten
Preis: € 41,10

Mit «Das Kapital im 21. Jahrhundert» hat der Ökonom Thomas Piketty eines der wichtigsten Bücher unserer Zeit geschrieben. Jetzt legt er mit einem gewaltigen Wurf nach: ein Panorama der globalökonomischen Geschichte, eine scharfe Kritik der zeitgenössischen Politik und ein kühner Entwurf eines neuen und faireren ökonomischen Systems. Pikettys Grundannahme: Der Kapitalismus ist kein Naturgesetz. Märkte, Profite und Kapital sind Konstruktionen, die von unseren Entscheidungen abhängen. Piketty erforscht die Entwicklungen des letzten Jahrtausends, die zu Sklaverei, Leibeigenschaft, Kolonialismus, Kommunismus, Sozialdemokratie und Hyperkapitalismus geführt haben. Seine These: Nicht die Durchsetzung der Eigentumsrechte oder das Streben nach Stabilität sind der entscheidende Motor des Fortschritts über die Jahrhunderte gewesen - sondern das Ringen um Gleichheit und Bildung. Die heutige Ära extremer Ungleichheit ist in Teilen eine Reaktion auf den Zusammenbruch des Kommunismus, aber sie ist auch das Resultat von Ignoranz, intellektueller Spezialisierung und unserer Drift in die Sackgasse der Identitätspolitik. Piketty plädiert für einen neuen «partizipativen» Sozialismus, eine Ordnung, die auf einer Ideologie der Gleichheit, des sozialen Eigentums, der Erziehung und Bildung und der Teilhabe an Wissen und Macht basiert.